

Wirtschaftskrise in Belarus: Russland als Retter in der Not?

Belarus befindet sich gegenwärtig in einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise, die zu weiten Teilen durch interne Fehlentwicklungen in der Wirtschaftspolitik erklärt werden kann. Die wichtigste aktuelle Herausforderung ist das schnelle und entschlossene Stoppen der ausufernden Abwertung-Inflation-Spirale. Eine Abwertungsrate von 65% seit Jahresanfang gegenüber dem US-Dollar sowie eine gegenwärtige Inflationsrate von über 90% machen das Ausmaß der Problematik deutlich.

In einem von uns präferierten Szenario einer graduellen Stabilisierung in 2012 würde man diesbezügliche Fortschritte machen; dies geht allerdings kurzfristig auf Kosten des Wachstums. Fraglich ist aber, ob es hierzu überhaupt kommt, wenn man die jüngsten finanziellen Zusagen seitens Russlands berücksichtigt. Diese mögen kurzfristig eine Atempause verschaffen, lassen aber eine erneute Lockerung der makroökonomischen Politik befürchten, was in der gegenwärtigen Situation kontraproduktiv wäre. Tiefgreifende Strukturreformen, die eine grundlegende Lösung der Probleme ermöglichen würden, werden weiter aufgeschoben. Das Land bliebe ökonomisch in einer „Modernisierungsfalle“ gefangen, aus der es kein einfaches Entrinnen gibt.

Kurze Ursachenanalyse der Krise

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise in Belarus lässt sich primär auf eine extrem expansive Ausrichtung der makroökonomischen Politik im Vorjahr zurückführen. Löhne und Einkommen wurden massiv angehoben, die Geld- und Kreditpolitik sorgte für „billiges“ Geld. Dadurch wurde die labile externe Lage, die sich in strukturellen Leistungsbilanzdefiziten sowie in einem sehr niedrigen Devisenreservebestand ausdrückte, deutlich verschärft. Es verwundert daher nicht, dass sich ein rapider Abwertungsdruck auf die (faktisch fixierte) Währung ergab, der in einer umfassenden Währungs- und Wirtschaftskrise in 2011 mündete.

Bisherige wirtschaftspolitische Reaktionen

Dem kontinuierlich steigenden Abwertungsdruck wurde mit einer ersten Abwertung im Mai begegnet, ohne dass sich aber die Lage stabilisierte. Im Folgenden wurde mit verschiedenen, für die Wirtschaft schädlichen administrativen Maßnahmen versucht, die Situation unter Kontrolle zu bekommen. Als Resultat bildete sich ein Schwarzmarkt für Fremdwährungen heraus. Da diese Entwicklung nicht von Dauer sein konnte, begannen die Entscheidungsträger im Oktober mit einer Vereinheitlichung des Devisenmarktes, die de-facto eine weitere Abwertung impli-

zierte (um 65% seit Jahresanfang gegenüber US-Dollar). Gegenwärtig bildet sich der Wechselkurs relativ frei am Markt, was eine deutliche Verbesserung darstellt.

Bei dem angesprochenen eigentlichen Verursacher der Krise, der zu expansiven Makropolitik, wurden nur partielle Straffungen vorgenommen, u.a. bei der Geldpolitik. Es ist zu vermerken, dass bisher noch kein systematisches und glaubwürdiges Anpassungsprogramm verabschiedet wurde. Bezüglich eines Kreditprogramms gibt es derzeit keine konkreten Verhandlungen mit dem IWF; mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft gibt es ein Kreditabkommen in Höhe von 3 Mrd. USD, von dem bisher eine erste Tranche (800 Mio. USD) gezahlt wurde.

Abwertung-Inflation-Spirale muss gestoppt werden

Die angesprochene Abwertung war wichtig für eine Verbesserung der externen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, hat allerdings zu einem neuen Problem geführt. Die Rede ist hier vom rapiden Anstieg der Inflation, die gegenwärtig im Vergleich zum Vorjahresmonat bei über 90% (in Worten: neunzig) liegt. Es hat sich hierbei eine gefährliche Abwertung-Inflation-Spirale entwickelt, die es zu stoppen gilt.

Die hohe Inflation frisst die neugewonnene Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit schnell wieder auf, und ist daher sehr negativ zu bewerten. Gleichzeitig darf die soziale Bedeutung des damit verbundenen Kaufkraftverlusts nicht unterschätzt werden, da er zu Druck auf Kompensation von Realeinkommensverlusten führt. Gibt man diesem Druck allerdings nach, riskiert man eine weitere Ankurbelung der Inflation. Man würde „Öl aufs Feuer gießen“. Während bestimmte Einkommensgruppen durchaus unterstützt werden sollten, darf es keine breite „Gießkanne“ geben – sonst wiederholt man die Fehler aus dem letzten Jahr.

Präferiertes Szenario: Graduelle Stabilisierung

Aus unserer Sicht muss jedes glaubwürdige und nachhaltige Programm zur Überwindung der Krise auf einer graduellen Straffung der makroökonomischen Politik beruhen. Nur so kann die Inflation bekämpft und der Wechselkurs stabilisiert werden; allerdings geht dies auf Kosten eines gedämpften Wachstums in der kurzen Frist.

Sollte eine entsprechende wirtschaftspolitische Reaktion erfolgen, so gibt die folgende Tabelle unsere Einschätzung bezüglich der weiteren erwarteten Entwicklung wieder:

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 2010-2012

	2010	2011*	2012**
Reales BIP-Wachstum, in %	7,6	5,3	1,6
Nominales BIP, in Mrd. USD	54,7	45,2	53,6
Inflation, in % im Jahresdurchschnitt	7,8	55,1	72,7
Inflation, in % zum Jahresende	9,9	125,0	25,0
Leistungsbilanzsaldo, in % vom BIP	-15,5	-14,4	-4,7
Auslandsverschuldung, in % vom BIP	52,2	75,5	74,3

Quelle: Nationale Statistikbehörden und GET Belarus; *Schätzung; **Prognose

Der Rückgang beim BIP-Wachstum, der bereits in 2011 eingesetzt hat, ist als unvermeidlich anzusehen, will man die hohe Inflation unter Kontrolle bekommen. Diese wird sogar im Jahresdurchschnitt 2012 noch weiter ansteigen, wobei im Jahresverlauf allerdings von einem Rückgang auszugehen ist (Ende 2012: 25%). Positiv ist eine spürbare Verbesserung der Leistungsbilanz, die bereits ab etwa Sommer 2011 zu beobachten ist, und sich im nächsten Jahr fortsetzt. Negativ ist der starke Anstieg der externen Verschuldung zu sehen. Lag diese 2007 bei 18,5% vom BIP, steigt sie nun auf 75%. Dies wirft Fragen in Bezug auf die zukünftige Fähigkeit des Landes auf, seine Auslandsschulden fristgerecht und in vollem Umfang zu bedienen.

Alternatives Szenario: „Russland als Retter“

Unlängst wurde eine Reihe von Vereinbarungen mit Russland getroffen, so etwa der sehr niedrige Gaspreis ab 2012 (Senkung von gegenwärtig 244 auf 165,6 USD/1000 m³), die Privatisierung des verbliebenen Staatsanteils von 50% an Beltransgaz für 2,5 Mrd. USD (bereits gezahlt) und ein Sberbank-Kredit in Höhe von 1 Mrd. USD. Diese Entwicklungen signalisieren dabei gewisse Fragezeichen in Bezug auf die Realisierung des oben skizzierten, von uns präferierten Stabilisierungsszenarios.

In der Summe sind in kürzester Zeit beträchtliche Finanzmittel seitens Russlands bereitgestellt worden. Als Resultat wurde damit einerseits die schwache außenwirtschaftliche Position des Landes kurzfristig gestärkt (Anstieg der Devisenreserven, Entlastung der Leistungsbilanz in den kommenden Jahren), allerdings ist es dadurch auch sehr fraglich, ob dies nicht zu einer erneuten Lockerung der Geld- und Fiskalpolitik (ver-)führt, die zum jetzigen Zeitpunkt absolut kontraproduktiv wäre. Bestimmte Anzeichen hierfür gibt es bereits, wie die öffentlich zwischen verschiedenen staatlichen Organen ausgetragene Kontroverse bezüglich der anzustrebenden Wachstumsziele in 2012. Sollte sich hier eine deutliche Lockerung abzeichnen, wäre dies mit einer anzustrebenden graduellen Stabilisierung nicht kompatibel,

und die Bildung einer neuen Abwertung-Inflation-Spirale wäre zu befürchten. Das Vertrauen in die Währung ist weiterhin sehr niedrig, was auch ein Ausdruck für die geringe Glaubwürdigkeit der bisherigen Anti-Krisen-Politik ist.

Fazit

Es ist zu konstatieren, dass noch ein langer Weg zurückzulegen ist bis wieder makroökonomische Stabilität in Belarus herrscht. Insbesondere die Abwertung-Inflation-Spirale muss schnell und entschlossen gestoppt werden. Anstelle der bisher verfolgten, zögerlichen Schritt-für-Schritt Strategie ist ein glaubwürdiges und konsistentes Stabilisierungsprogramm unabdingbar, das als Kernelement eine restriktivere Gestaltung der Geld- und Fiskalpolitik enthält.

Bezüglich der Umsetzungswahrscheinlichkeit eines solchen Programms sind allerdings begründete Zweifel angebracht. Die jüngsten umfassenden finanziellen Zusagen seitens Russlands sind in diesem Kontext eher kritisch zu beurteilen. Kurzfristig könnten sie zu einer nicht angebrachten Lockerung von Geld- und Fiskalpolitik führen. Langfristig dürften zusätzliche negative Aspekte auftreten; so verringert sich durch die wieder gestiegenen Energiepreissubventionen der Druck auf Strukturreformen, die echte Produktivitäts- und Effizienzgewinne bringen. Belarus bindet sich im Gegenzug für diese Zusagen langfristig in ökonomischer Hinsicht an Russland, wobei kritisch hinterfragt werden muss, ob dies eine geeignete Strategie für die notwendige Modernisierung des Landes darstellt.

Autor

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

German Economic Team Belarus

Das German Economic Team Belarus (GET Belarus) führt seit 2003 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit reformorientierten Entscheidungsträgern der belarussischen Regierung. Es wird im Rahmen des TRANSFORM-Nachfolgeprogramms der Bundesregierung durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

German Economic Team Belarus
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstraße 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-belarus.de
www.get-belarus.de